



Verhandlungen des Kantonsrates

35

an seiner Sitzung vom 4. Dezember 2023 im Kantonsratssaal, Herisau

Beginn	08.15 Uhr
Anwesend:	zwischen 61 und 62 Mitglieder des Kantonsrates zwischen 4 und 5 Mitglieder des Regierungsrates
Entschuldigt:	Kantonsrat Andreas Gantenbein, Waldstatt (ganztags) Kantonsrätin Annegret Wigger, Heiden (ganztags) Kantonsrätin Irene Egli, Grub (ganztags) Kantonsrat Werner Rüegg, Heiden (13.30 Uhr bis 15.05 Uhr) Kantonsrat Markus Schmidli, Schwellbrunn (ab 15.50 Uhr) Regierungsrat Dölf Biasotto (von 10.15 Uhr bis 13.30 Uhr)
Vorsitz:	Kantonsratspräsident Hannes Friedli, Heiden
Ratschreiber:	Roger Nobs

1. Eröffnung durch den Kantonsratspräsidenten

36

Kantonsratspräsident Hannes Friedli, Heiden, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Sehr geehrte Damen Kantonsrätinnen und Herren Kantonsräte
Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin und Herren Regierungsräte
Geschätzte Gäste und Medienvertreter
Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream

Viele von den Anwesenden sind am vergangenen Montagabend der Einladung des Departements Gesundheit und Soziales gefolgt und haben am Informationsanlass des Spitalverbunds teilgenommen. Für diesen dicht mit Informationen bepäckten Abend danke ich dem Departement und den Verantwortlichen des Spitalverbunds ganz herzlich. Ich möchte nicht auf die gehörten Details eingehen. Nur so viel: Was ich gehört habe, war im Hinblick auf die stationäre Gesundheitsversorgung in der Ostschweiz keine Beruhigungsspielle. Mit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung – kurz KVG – im Jahr 2012 wurde die Gesundheitsversorgung in der Schweiz ökonomisiert. Insbesondere die Spitäler wurden den Gesetzen des Marktes ausgeliefert. In der Folge wurden sehr viele Spitäler geschlossen, auch in der Ostschweiz, eines auch in unserem Kanton. Und zwar wurden sie nicht nach Bedarf der Bevölkerung geschlossen, sondern nach den Regeln des Marktes. Landammann Balmer hat das am Montagabend erwähnt. Diese Gewinnorientierung in der Gesundheitsversorgung hat aber auch anderswo sehr seltsame Auswirkungen. Wenn wir heute von Spitälern reden, reden wir nicht von erfolgreich verlaufenen Heilungsprozessen oder von Patientinnen, die dank einer Genesung neuen Lebensmut oder eine gute Lebensqualität bekommen haben. Nein, wir reden von EBITDA, von rentablen Geschäftsfeldern und von Gewinnzonen. So haben wir von den Verantwortlichen vom Spitalverbund gehört, in welchen Geschäftsfeldern sie die Rentabilität für die Zukunft sehen, wo sie weiter investieren und den Spitalverbund weiterentwickeln wollen. Diese Fokussierung der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates aufs Geschäftliche will ich jetzt keinesfalls als Vorwurf verstanden wissen. Sie tun in ihrem Job genau das Verlangte, sie versuchen den Spitalverbund in die Gewinnzone zu bringen. Sie sind von Gesetzes wegen dazu gezwungen. Sie konnten mich überzeugen, dass sie das mit der notwendigen Umsicht und aufgrund von sehr breiten und tiefen Überlegungen tun.



Ebenfalls am vergangenen Montag haben die Medien die Untersuchungsergebnisse einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften über die Kostenanteile von Krankheiten in der Schweiz veröffentlicht. An erster Stelle stehen da nicht etwa Krebs- oder Herz-Kreislauferkrankungen. Nein, mit 14.3 % stehen die psychischen Erkrankungen inklusive Sucht auf Platz eins. Sie verursachen den grössten Kostenanteil im Gesundheitswesen. Somit können wir feststellen, dass die Verantwortlichen des Spitalverbunds mit dem Psychiatrischen Zentrum auf ein zukunftssträchtiges Geschäftsfeld setzen. Eines, das Wachstum verspricht. Genau diese Botschaft löst bei mir einen abgrundtiefen Zwiespalt aus. Ausgerechnet Erkrankungen, die in der Gesellschaft weitestgehend tabuisiert, ja sogar verfehmt sind, sollen unsere Spitallandschaft in die Gewinnzone bringen? Ist es nicht sehr finster, wenn wir uns jetzt unter ökonomischen Gesichtspunkten freuen müssen, wenn Mitmenschen psychisch oder sonst irgendwie erkranken? Nochmals: Das ist nicht die Folge von zynischen Gedanken von den Verantwortlichen des Spitalverbunds. Das ist unter anderem die Folge der Marktorientierung, die das Bundesgesetz über die Krankenversicherung eben verlangt.

Dann schauen wir uns einmal die andere Seite an: Die Zahlseite der gewinnorientierten Gesundheitslandschaft. Wer kommt für die Mittel auf, die es braucht, um die Spitäler am Laufen zu erhalten? Wir alle, selbstverständlich! Zum einen über die Kopfprämien der Krankenkassen. Das Ärgerliche dabei: Wir bezahlen dort immer mehr – die Prämien steigen massiv schneller als der Rest der Teuerung in unserem Land – und es reicht für die Deckung der Aufwände in den Spitälern immer weniger. Oder anders gesagt: Die Prämien steigen für Viele ins Unermessliche, die Spitäler fallen je länger je mehr in die Unterdeckung. Zum anderen und grösseren Teil kommen die Mittel zur Deckung der Kosten aus Steuergeldern – inklusive die, die zur Deckung der unvermeidbaren Fehlbeträge dienen. Steigende Ausgaben sind das Letzte, was ein Parlament will – vor allem, wenn sie unvermeidbar sind. Sie schränken unseren Gestaltungsspielraum stets ein – den des Regierungsrates und den des Kantonsrates ebenso. Mit der Gesundheitspolitik bewegen wir uns in einem politischen Spannungsfeld. Ein Ausgangspunkt für dieses Spannungsfeld ist ein politischer Prozess, aus dem das Krankenversicherungsgesetz in der heutigen Form geflossen ist. In der Politik sehe ich immer wieder solche Spannungsfelder zwischen Sachzwängen, kaum Veränderbarem und manchmal fehlendem politischen Willen. Bei der Gesundheitsversorgung treten diese Spannungen, diese Ambivalenzen, sehr augenfällig in Erscheinung. Lassen wir uns nicht entmutigen. Suchen wir gemeinsam Lösungen.

Die Sitzung ist eröffnet. Der Ratschreiber liest das Gebet.

Nach Gebet und Appell werden die Geschäfte wie folgt behandelt:

2. Regierungsprogramm 2024–2027; Kenntnisnahme

37

Mit Bericht vom 24. Oktober 2023 beantragt der Regierungsrat, vom Regierungsprogramm 2024–2027 Kenntnis zu nehmen.

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung.

Der Rat nimmt mit Diskussion vom Regierungsprogramm 2024–2027 Kenntnis.

3. Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027; Kenntnisnahme

38

Mit Bericht vom 24. Oktober 2023 beantragt der Regierungsrat, vom Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027 Kenntnis zu nehmen.

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung.

Der Rat nimmt mit Diskussion vom Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027 Kenntnis.



4. Kantonsschule Trogen; Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024; Genehmigung

39

Mit Bericht vom 26. September 2023 beantragt der Regierungsrat, den Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024 der Kantonsschule Trogen in Höhe von 16'170'000 Franken zu genehmigen.

Mit Bericht vom 23. Oktober 2023 beantragt die Kommission Bildung und Kultur, den Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024 der Kantonsschule Trogen in Höhe von 16'170'000 Franken zu genehmigen.

Eintreten ist obligatorisch.

Die *Detailberatung* wird nicht benützt.

Der Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024 der Kantonsschule Trogen wird im Rahmen der Schlussabstimmung zu Traktandum 6, Voranschlag 2024, genehmigt.

5. Gefängnisse Gmünden; Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024; Genehmigung

40

Mit Bericht vom 26. September 2023 beantragt der Regierungsrat, den Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024 der Gefängnisse Gmünden mit einem Ertragsüberschuss von 700'000 Franken zu genehmigen.

Mit Bericht vom 24. Oktober 2023 beantragt die Kommission Inneres und Sicherheit, den Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024 der Gefängnisse Gmünden mit einem Ertragsüberschuss von 700'000 Franken zu genehmigen.

Eintreten ist obligatorisch.

Die *Detailberatung* wird nicht benützt.

Der Globalkredit mit Leistungsauftrag 2024 der Gefängnisse Gmünden wird im Rahmen der Schlussabstimmung zu Traktandum 6, Voranschlag 2024, genehmigt.

6. Voranschlag 2024; Genehmigung

41

Mit Bericht vom 24. Oktober 2023 beantragt der Regierungsrat, den Voranschlag 2024 samt Anhang mit folgenden Eckdaten zu genehmigen:

- Globalkredit der Kantonsschule Trogen mit einem Aufwandüberschuss von 16'170'000 Franken;
- Globalkredit der Gefängnisse Gmünden mit einem Ertragsüberschuss von 700'000 Franken;
- Kantonaler Steuerfuss bei 3.3 Einheiten;
- Nettoinvestitionen von 58'983'000 Franken;
- Aufwandüberschuss beim operativen Ergebnis von 6'719'000 Franken;
- Aufwandüberschuss beim Gesamtergebnis von 10'366'000 Franken.

Mit Bericht und Antrag vom 1. November 2023 schliesst sich die Kommission Finanzen dem Antrag des Regierungsrates an.

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung.



Kantonsrat Welz, Trogen, stellt den Antrag, bei der Investitionsrechnung Position «5900 / Strassenrechnung» (Seite 65) den eingestellten Betrag beim Tiefbauamt/Strassenbau von 8'220'000 Franken um 2'000'000 Franken auf 6'220'000 Franken zu kürzen.

Kantonsrat Sütterle, Teufen, stellt einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Debatte zum Antrag Welz. Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 45:13 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Anschliessend lehnt der Rat den Antrag Welz mit 6:41 Stimmen bei 14 Enthaltungen ab.

In der *Gesamtabstimmung* genehmigt der Rat den Voranschlag 2024 mit 58:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

7. Motion der SVP-Fraktion; Senkung der Strassenverkehrssteuern; Erheblicherklärung 42

Am 30. August 2023 reichte Kantonsrat Andreani, Herisau, namens der SVP-Fraktion, eine Motion mit folgendem Antrag ein:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, die Strassenverkehrssteuern um mindestens 15 % zu senken. Dabei kann die Berechnungsgrundlage so belassen oder neu definiert werden.»

Nach der mündlichen Begründung durch Kantonsrat Andreani, Herisau, und der Beantwortung durch Regierungsrätin Alder erklärt der Rat die Motion nach Diskussion mit 20:34 Stimmen bei 7 Enthaltungen für nicht erheblich.

8. Interpellation Max Slongo, Herisau; Verfahren und Abläufe im Konzept Sonderpädagogik 43

Am 18. September 2023 reichte Kantonsrat Slongo, Herisau, eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Regierungsrat Stricker beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr